

# Calmer Calwblatt

Nr. 107

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ersetzungswelle: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 C. W. W. Anzeigen 50 C. W. W. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Mittwoch, den 7. Mai 1924.

Wegzugspreis: In der Stadt mit Postgebühr 45 Goldpfennige wöchentlich. Postbezugspreis 45 Goldpfennige ohne Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die Zahl der Abgeordneten in den Reichstag beträgt nun 471.

Der deutschnationale Führer Hergt erklärt sich zur Bildung einer Rechtsregierung bereit und will eine Außenpolitik betreiben, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes Rechnung trägt und eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage herbeiführt.

Im Ausland werden die deutschen Wahlen im allgemeinen ruhig und ohne gehässige Ausfälle behandelt.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern Abend bei einem Bankett der französischen Handelskammer erklärt, daß Frankreich seine Truppen aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zurückziehen werde.

## Zu den Wahlen.

Immer noch Verschiebungen des Wahl-Ergebnisses.

Berlin, 6. Mai. Die bisher veröffentlichten Wahlergebnisse sind nur vorläufig und ändern sich infolge von Berichten, die aus den verschiedenen Wahlbüros noch einlaufen, dauernd. Gegenüber der heute morgen gegebenen Aufstellung sind inzwischen folgende Veränderungen festgestellt worden: Die Deutschnationalen haben nicht 99, sondern 96 Kandidaten, dagegen die Sozialdemokraten anstatt 99 100, die Deutsche Volkspartei hat nicht 45, sondern 44, die Deutsch-Demokraten nicht 24, sondern 25, der Bayerische Bauernbund und die Mittelstandspartei 11 anstatt 10. Die übrigen Zahlen sind bisher unverändert, doch sind weitere Verschiebungen nicht ausgeschlossen.

Wie die Telegraphen-Union meldet, werden von amtlicher Seite in Berlin um 1.30 Uhr nachmittags folgende Ergebnisse der diesmaligen Reichstagswahl angegeben:

Deutschnationale	5 755 609	Stimm.,	96	Mand.
Deutsche Volkspartei	2 642 843	"	44	"
Zentrum	3 899 022	"	65	"
Deutsch-demokr. Partei	1 657 451	"	28	"
Sozialdemokraten	5 973 770	"	100	"
Kommunisten	3 712 101	"	62	"
Bayerische Volkspartei	941 982	"	16	"
Bayerischer Bauernbund	683 093	"	10	"
Deutsch-Hannoverscher	318 451	"	5	"
Deutsch-Völkische	1 917 587	"	32	"
Landbund	568 268	"	9	"
Deutsch-Soziale	338 356	"	4	"

Ohne Mandate gingen aus: Unabhängige Sozialdemokratie mit 240 172 Stimmen, Bund der Gewerks mit 59 880 Stimmen, Christlich-Soziale mit 124 800 Stimmen, Deutsche Arbeitnehmer mit 36 130 Stimmen, Freiwirtschaftsbund mit 36 122 Stimmen, Häuerbund mit 23 828 Stimmen, Nationale Freiheitspartei mit 59 788 Stimmen, Nationale Minderheiten mit 133 628 Stimmen, Mieter 46 975 Stimmen, Republikaner 45 775 Stimmen, Sozialistischer Bund mit 25 607 Stimmen, Bayer. Mittelstandsbund mit 5681 Stimmen, Völkischer Block mit 9439 Stimmen, Partei-lose Wirtschaftsgruppe mit 1847 Stimmen.

Insgesamt 29 257 116 Stimmen und 471 Mandate. Am Abend soll im „Reichsanzeiger“ eine Veröffentlichung hierüber erscheinen.

Endgültiges Wahlergebnis nicht vor dem 16. Mai.

Berlin, 6. Mai. In der Besprechung des Reichskabinetts teilte heute der Reichsminister des Innern mit, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 16. Mai zu erwarten seien. — Das Reichskabinetts bleibt auf jeden Fall bis zum Zusammentritt des Reichstags im Amt.

Berlin, 7. Mai. Wie die Blätter hören, wird der neugewählte Reichstag voraussichtlich am 22. Mai einberufen werden. Die Blätter halten es für sicher, daß die Reichstagsabgeordneten der Landliste sich der Deutschnationalen Fraktion anschließen werden. Dadurch würden die Deutschnationalen die stärkste Fraktion des Reichstags werden.

Geneigntheit der Deutschnationalen zur Uebernahme der Reichsregierung.

Berlin, 7. Mai. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Lokalanzeigers“ drückte der deutschnationale Führer Hergt die Bereitwilligkeit seiner Partei aus, eine Rechtsregierung im Reich zu bilden. Die deutschnationale Partei würde als Regierungspartei eine Außenpolitik treiben, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trage, aber andererseits geeignet sei, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege schleuniger Verständigung herbeizuführen. Dem Gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen setzten die Deutschnationalen nicht von vornherein ein rundes Unannehmbar entgegen, wohl aber Vorbehalte, die ganz unverzichtbar seien. Sie würden dem deutschen Volke die großen wirtschaftlichen Lasten niemals zumuten, bevor die häufig genannten Ehrenpunkte befriedigend gelöst worden seien.

Keine Aenderung der Verfassung in der Pfalz.  
Speyer, 6. Mai. Der Volksentscheid über die Aenderung der bayrischen Verfassung hat in der Pfalz folgendes Ergebnis gehabt: Mit Ja stimmten 24 381 und mit Nein 233 362 Wähler.

Antrag auf Auflösung.

Hamburg, 6. Mai. Der „Hamburgische Korrespondent“ berichtet: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat gestern beschlossen, in der Bürgerschaft einen Antrag auf Auflösung einzubringen, da nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen die Zusammensetzung der Bürgerschaft nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entsprechen dürfte. Die Fraktion ersuchte die Demokraten und Deutschnationalen um ihre Unterstützung zur Erlangung der 40 erforderlichen Unterschriften.

Ausländische Stimmen zur Reichstagswahl.

Budapest, 7. Mai. Bei der Beurteilung der Reichstagswahlen bezeichnet „Budapest Hirlap“ als die größte Ueber-raschung das ungünstige Abschneiden der Deutschvölkischen. Das Blatt gibt der Ansicht Ausdruck, daß die deutschen Wahlen ein Echo in den französischen finden werden. Wenn die französische Wählererschaft daselbe Verständnis zeige, wie die deutsche, sei es nicht unmöglich, daß einst der Frieden siegen werde.

Die bis jetzt vorliegenden Äußerungen der Schweizer Presse haben im allgemeinen hervor, daß trotz des erwarteten Anwachsens der extremen Rechts- und Linksparteien der Stimmengewinn hinter den Hoffnungen dieser Parteien zurückbleibt und die Befürchtungen, die man an die Reichstagswahlen knüpfen konnte, sich nicht verwirklicht haben. Eine Politik der Mitte sei nach wie vor möglich und auch die große Koalition würde über eine Mehrheit verfügen. Allerdings fehle noch die notwendige Zweidrittel-Mehrheit für die Annahme der Reparationsgesetze.

Paris, 6. Mai. Ein Teil der Morgenpresse stellt ihre Betrachtungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen auf die Frage ein, ob der neugewählte Reichstag die erforderliche Mehrheit für die Gesetze aufbringen könne, die auf Grund des Sachverständigenberichts angenommen werden müßten. Das „Echo de Paris“ bezeichnet es mehr als zweifelhaft, daß dies möglich sei, während das „Petit Journal“ es nicht für ausgeschlossen hält, daß durch eine Camouflage trotzdem die Mehrheit zustande kommen werde. Der „Gaulois“, der in diesem Falle als das Sprachrohr einer der Regierung nahestehenden Stelle angesehen werden kann, behandelt die gleiche Frage, geht darüber aber hinaus und spricht davon, daß das Ergebnis der Wahlen eine Warnung für Frankreichs Alliierte sei. Auf alle Fälle, schreibt das Blatt, werde es jenseits des Rheines zu großen Ereignissen kommen, in Erwartung deren es mehr als notwendig sei, auf der Hut zu sein. Französischerseits dürfe man annehmen, daß sich das auch die Alliierten sagen werden. Die Reichstagswahlen seien eine Lehre und eine Warnung zugleich. Das Deutschland von morgen und das Deutschland von gestern seien daselbe. Weibemale handle es sich um ein Deutschland, das seine Niederlage nicht einsehen wolle und das zwar der Republik nach außen hin huldiige, um Frankreichs Mißtrauen einzuschlängeln, das aber die Flinte bereit, das Pulver trocken halte und den Portraits der Hohenzollern einen Ehrenplatz anweise. Das ermutige zu großer Anmaßung gegenüber Frankreich. Es sehe sich noch verächtlicher über jede Demagogie hinweg, die sich darauf versteife, seine Versicherung zu pazifistischer Gesinnung für aufrichtig zu erklären.

Man müsse es wenigstens verstehen, aus dieser Lehre und aus dieser Warnung Nutzen zu ziehen.

Amsterdam, 7. Mai. „Allgemeen Handelsblad“ schreibt zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen, der Erfolg der Deutschvölkischen bleibe weit hinter ihren Erwartungen zurück, sei aber trotzdem ziemlich groß. Die einzig mögliche Politik sei die große Koalition. Leider sei die beträchtliche Mehrheit, über die diese Koalition bisher verfügte, geschwächt. — Der „Telegraaf“ meint, die internationale Lage bilde ein organisches Bindemittel zwischen den Parteien des Reichstages. Das Reparationsproblem und die Sachverständigenberichte würden die Parteien zwingen, sich zu einem festen Kern zusammenzuschließen.

London, 6. Mai. Die „Times“ schreibt in einem auf ein ausführliches Telegramm ihres Berliner Berichterstatters gegründeten Leitartikel: „So gut wie die Hälfte der deutschen Nation scheint für die Verwerfung des Sachverständigenberichts gestimmt zu haben. Einige der deutschen Blätter erklärten offen, daß die Stärke der nationalistischen und kommunistischen Stimmabgabe angesehen werden müsse als ein Schlag ins Gesicht des Dawes-Ausschusses. Diese Auslegung sei vielleicht nicht notwendigerweise durch die Tatsache begründet, aber was auch immer die Absicht der Wähler gewesen sei, die diese Parteien zu Millionen unterstützt haben, ihre Aktion verurteile jede Bemühung, die Kombination von Parteien im neuen Reichstag zu bilden, welche notwendig sei, um die wesentlichen Bedingungen des Berichts durchzuführen, zu einem Festschlage. Selbst wenn die gegenwärtige Regierung, die, wie erwartet werde, im Amt bleibe, bis das neue Parlament in drei Wochen zusammen-trete, die Koalition mit der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten neu beleben zu können glaube und mit einem derartigen Bemühen Erfolg haben sollte — der sehr zweifelhaft erscheint — so werde sie nicht über eine Mehrheit verfügen, die unumgänglich notwendig sei, für die Vornahme von Änderungen der Verfassung. Der Schluß, den der Berichterstatter aus der Lage ziehe, sei sehr bedauerlich: er scheine jedoch bei der Stellung der Parteien unvermeidlich. Der Berichterstatter erklärt deutlich, daß vermutlich jede deutsche Regierung, die eine gesetzmäßige und verfassungsmäßige Durchführung des Sachverständigenberichts herbeizuführen suche, sehr bald eine Niederlage erleiden werde. Neuwahlen würden auf eine solche Niederlage folgen müssen und es sei vollkommen unmöglich, vorauszu sehen, wie das Ergebnis eines zweiten Appells an das Volk sein werde.“

Newyork, 7. Mai. Wie die „Newyork Times“ erfährt, sind die Newyorker Bankkreise erfreut über die Nachricht, daß die Koalitionsparteien in Deutschland über genügend Stimmen verfügen, um die Annahme des Dawesberichts durch Deutschland sicherzustellen. Diese Tatsache in Verbindung mit der bevorstehenden Rückkehr Morgans nach Amerika lenke das Interesse von neuem auf die Ausgabe der deutschen Anleihe, von der in den Vereinigten Staaten, wie man erwarte, 100 Millionen Dollar gezeichnet werden sollten.

## Zur Reparationsfrage.

Die französischen Truppen sollen nur nach Maßgabe der Zahlungen aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen werden.

Paris, 7. Mai. Ministerpräsident Poincaré hat gestern Abend auf einem Bankett der französischen Handelskammern eine Rede gehalten, in der er sich zunächst über die Regelung der französischen Handelsbeziehungen zum Ausland äußerte. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam er auf die politischen Verhältnisse zu sprechen. Seine Ausführungen waren natürlich auf die deutschen Wahlen und auf die Wahlkampagne in Frankreich eingestellt und dabei protestierte Poincaré gegen einen Artikel des Abgeordneten Blum. Wenn der Verfasser und seine Freunde die Leiden und die Ungerechtigkeit unter den Menschen vermindern wollten bis auf einen Rest, gegen den niemand etwas vermöge, so sei er, Poincaré, auch Sozialist. Indessen würde er sich nicht mehr sicher fühlen, wenn demnächst der Einfluß einer internationalen Partei bei der Regelung der Reparationsfrage nachdrücklich sich geltend machen würde. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich gern und durchaus spontan die Entschlüsse der



Sachverständigen und der Reparationskommission sich zu eigen gemacht habe und sie annehme, und daß es die deutsche Wirtschaftsfreiheit wiederherstellen werde, sobald Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm zur Ausführung gebracht habe. Aber man wisse vorläufig weder wann, noch wie oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Weder die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Versuche, ihn, Poincaré, über seine wahren Absichten zu täuschen und die Verantwortung für den Mißerfolg des Sachverständigengutachtens auf Frankreich abzuwälzen, noch das Ergebnis der Reichstagswahlen seien dazu angetan, Frankreich größeres Vertrauen einzufößen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Wachsamkeit und Festigkeit zu verharren und nach wie vor entschlossen, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlungen zurückzuziehen. Sie, die der französischen Regierung ihr Verhalten in der Vergangenheit, bei dem sie die einmütige Zustimmung des Senats und der ungeheuren Mehrheit der Kammer gehabt habe, vorhalten, sind nicht berufen, in der Zukunft den Republikanern in der Außenpolitik ihr Verhalten zu diktieren. Ebenso wie die französische Regierung im Innern sich keinem Diktat unterwerfen will, ebensowenig wie sie geneigt ist, von irgend jemandem die republikanische Einheit stören zu lassen, ebensowenig will sie, daß das Schicksal Frankreichs auf außenpolitischem Gebiet auf den internationalen Konferenzen einer politischen Partei entschieden wird. Die Deutschen, die auf diesen Konferenzen häufig anzutreffen sind, benutzen die Gelegenheit zu oft, die Verantwortung ihres Landes für den Ausbruch des Krieges abzuwälzen oder abzuschwächen, um die Revision der Friedensverträge zu verlangen, und Frankreichs Sieg zu verkleinern. Die Franzosen verlangen nichts als ihr gutes Recht im Frieden. Aber dieses Recht werden sie sich nicht nehmen lassen.

#### Anfrage an die Regierung.

London, 7. Mai. Im Unterhause richtete Sir Frederick Hall an die Regierung die Anfrage, ob zwischen der britischen und der französischen Regierung eine endgültige Vereinbarung erzielt worden sei über eine gemeinsame Politik betreffend die Aktion, die unternommen werden solle, um die Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages bei Nichtbezahlung der deutschen Reparationen sicherzustellen, und wenn nicht, welches die augenblickliche Lage der Verhandlungen sei. — Clynnes erwiderte darauf, er hoffe, daß die Berichte der Dawesausschüsse dazu führten, zwischen allen in Betracht kommenden Regierungen eine gemeinsame Politik bezüglich der Reparationszahlungen sicherzustellen. Die Haltung der britischen und der französischen Regierung gegenüber dem Dawesbericht sei in den Noten niedergelegt worden, die von den beiden Regierungen am 24. bzw. 25. April an die Reparationskommission gerichtet worden seien. Im gegenwärtigen Augenblick sei er nicht in der Lage, weitere Angaben zu machen.

## Deutschland.

#### Verbot.

München, 7. Mai. Der „Bölkische Kurier“ wurde bis einschließlich 14. Mai verboten. Wie verlautet, erfolgte das Verbot wegen eines Leitartikels in der Montagnummer, in dem der bayerischen Regierung Hochverrat vorgeworfen wurde.

#### Ausperrung.

Berlin, 7. Mai. Von der Ausperrung im Ruhrgebiet werden laut „Berliner Tageblatt“ etwa 300 000 Bergarbeiter betroffen. Die Besatzungsbehörden haben, dem Blatt zufolge, erklärt, daß sie strikte Neutralität üben würden.

Berlin, 7. Mai. Nach Blättermeldungen aus Dresden ist gestern auch in allen Gruben des sächsischen Kohlenbergbaues die Ausperrung der Bergarbeiter erfolgt. Die Notstandsarbeiten werden zunächst in der Hauptsache von den Werksbeamten verrichtet.

#### Beraubung.

Berlin, 7. Mai. Gestern Vormittag wurde dem 70jährigen Kassenboten einer Firma in Halensee auf dem Charlottenburger Bahnhof die Tasche mit 5000 Goldmark entrisen. Der Täter ist entkommen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. Mai 1924.

#### Zu den Wahlen.

Im Wahlkreis Calw waren für den Bezirk Calw als Spitzenkandidaten für den Landtag aufgestellt: von dem Bauernbund Wilhelm Dingler, von der Sozialdemokratie Karl Oster, vom Rechtsblock Dr. Ernst Schott, von der Zentrumspartei Joseph Beyerle, von der Deutschen Volkspartei Dr. Richard Lempp, von den Kommunisten Karl Schneid, von dem Bölkisch-sozialen Block Karl Mehger, von der Deutsch-demokratischen Partei Fischer und dem Volksbund der Später Adolf Seeger. Davon wurden gewählt: Wilhelm Dingler, Karl Oster, Dr. Schott, Joseph Beyerle und Karl Schneid. Die demokratische Partei hatte bei den 6 verbündeten Bezirken im südlichen Teil (Oberndorf und Rottweil) Dr. Maulhe, im nördlichen (Calw, Neuenbürg, Nagold und

Freudenstadt) Johannes Fischer als Spitzenkandidaten aufgestellt. Maulhe-Schwenningen erhielt einige hundert Stimmen mehr als Fischer und gilt somit als gewählt. In diesen 6 Bezirken wurden für die demokratische Partei zusammen 13 200 Stimmen abgegeben, weshalb ihr hier 1 Sitz zuziel.

Preßbestimmen zum Ergebnis der Reichstags- und Landtagswahlen.

Die „Württembergische Zeitung“ (Dem.) sieht das Kennzeichen der Wahl in der Verschiebung nach den Flügeln. Die Rechts-Radikalen haben den Deutsch-Nationalen erheblich Abbruch getan. Die demokratische Partei hat herbe Verluste erlitten, aber sich immer noch besser behauptet, als zu vermuten war. Schwer ist die Niederlage der Sozialdemokratie. Bezüglich der Regierungsbildung eröffnet der Ruf nach den Flügeln bedenkliche Aussichten.

Die Oberschwäbischen Zeitungen (Ztr.) konstatieren, daß das Zentrum in Oberschwaben seine Position im allgemeinen ganz behauptet und seine alte Zugkraft voll bewahrt hat.

#### Das Schulgeld an höheren Schulen.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Mai. Nach einer Bekanntmachung des Kultministeriums vom 15. April beträgt das jährliche Schulgeld an den höheren Schulen einschließlich der Bürgerschulen in den Klassen I—VI 48 M., in den Klassen VII—IX 60 M. und in den Mittelschulen 30 M. Gastkinder zahlen 3 M. für die Jahresstunde. Freiwilliger Unterricht kostet ebenfalls 3 M. die Jahresstunde. Für die Unterhaltung und Weiterführung der Schülerbücherei wird von jedem Schüler ein Jahresbeitrag von 1.50 M. erhoben. Besuchen mehrere Geschwister gleichzeitig eine Schule, so tritt eine Schulgeldermäßigung ein, die für jedes der Geschwister beträgt beim Schulbesuch von zwei Geschwistern 20 Proz., drei Geschwistern 30 Proz., vier Geschwistern 50 Proz., fünf und mehr Geschwistern 75 Proz. Würdigen, bedürftigen Schülern deutscher Staatsangehörigkeit — ausnahmsweise auch Nichtwürttembergern — können auf Ansuchen Freistellen bewilligt werden. — Das Schulgeld an den Gewerbe- und Handelsschulen beträgt, wenn der Unterricht ausschließlich von nebenamtlichen Lehrkräften erteilt wird, 8 M. und an Schulen mit hauptamtlichen Lehrkräften in Klassen mit einem Pflichtunterricht von nicht mehr als 200 Unterrichtsstunden 8 M., bei mehr als 200 Unterrichtsstunden 12 M. In den Frauenarbeitschulen beträgt das Schulgeld für die Teilnahme am ordentlichen Unterricht im Schuljahr 54 M.

#### Wetter für Donnerstag und Freitag.

Schwacher Hochdruck wird immer noch von einer Depression im Nordwesten bedroht. Für Donnerstag und Freitag ist deshalb noch unbeständiges, zeitweilig bedecktes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Brettenberg, 6. Mai. Am letzten Sonntag fand die Einweihung der neu angeschafften Fahne des hiesigen Gesangsvereins in zeitgebieterischer, einfacher Weise statt, wozu sich auch der Militärverein und die sonstige Bürgerschaft eingefunden hatten. Zur Ehrung der gefallenen Krieger stellte sich der Männerchor beim Denkmal auf, wo mehrere wohlgelungene Lieder vorgetragen, die Fahne enthüllt und diese dem neugewählten Fahnenträger übergeben wurde. Durch Ansprachen des Vorstands Haselmajer und des Dirigenten, Hauptlehrer Bezner, wurden die Taten und Leistungen der für uns gefallenen Helden den Anwesenden ins Gedächtnis zurückgerufen und ihrer dankbar gedacht. Die Vereine marschierten geschlossen zu Kamerad Hennesarth in das Gasthaus zur „Krone“, wo die Feier einen schönen Abschluß fand.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Mai. Im Berufungsverfahren verhandelte die Strafkammer des Landgerichts gegen den 26jährigen Josef König, den 21jährigen Anton König und den 17jährigen August König, sämtlich von Hofen a. N. In Gemeinschaft mit dem aus dem Untersuchungsgefängnis in Ravensburg entwichenen Einbrecher Otto Schäußele aus Deckenpfronn W. Calw überfielen sie am 30. 12. 22 nachts auf der Landstraße Cannstatt-Hofen den Kaufmann Treiber und richteten ihn mit Knüppel und Stöcken übel zu. Bei dem Überfall sind Treiber 5000 M. abhanden gekommen. Das Gericht erkannte bei August König auf 3 Monate, bei Anton und Josef König auf je 4 Monate Gefängnis.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Mai. Der frühere würt. Kriegsminister, General v. Schnürten, feiert heute seinen 81. Geburtstag. Aus diesem Anlaß brachte ihm die Reichswehrkapelle 1/13 vor seiner Wohnung ein Ständchen. Der Kommandant von Stuttgart, Oberst Baun, übermittelte die Glückwünsche des Standorts.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Mai. Schriftföher Karl Brecht von Welzheim wurde in seinem Bett infolge Gasvergiftung tot aufgefunden. Karl Brecht wohnte in der gleichen Wohnung, in der vor 1½ Jahren Fritz Goll von Welzheim wegen Gasvergiftung gestorben ist.

(S.C.B.) Horb, 6. Mai. Der hochgehende Nedar richtete in verschiedenen Geländestücken dadurch Schaden an, daß er unheimliche Schlamm- und Morastmassen auf die Wiesen und Saatsfelder anschwemmte, teils auch Straßen aufwühlte und Brücken sowie Brückenstege beschädigte.

(S.C.B.) Kornwestheim, 6. Mai. Das 2 Jahre alte Söhnchen des Mehgermeisters Otto Lachenmayer kam in einem unbewachten Augenblick unter ein Steinfuhrwerk und war sofort tot.

(S.C.B.) Welzheim, 6. Mai. Wer sich am Sonntag abend kurz vor 10 Uhr im Freien befand, konnte einen wundervollen Meteorniedergang beobachten. Am südöstlichen, bewölkten Himmel löste sich plötzlich eine hell leuchtende Kugel, ähnlich wie die Mondscheibe rasch hinter einer dunkeln Wolke hervortritt, zog dann in nordwestlicher Richtung in schöner Bahn und prachtvoll

leuchtender grüner Farbe, teilte sich in drei Teile und erfolgte ein Knall, wie er sonst bei derartigen Erscheinungen erfolgt; konnte nicht wahrgenommen werden. Der Vorgang dauerte etwa 15 Sekunden.

(S.C.B.) Nietheim, O.M. Tuttlingen, 6. Mai. Bei einer Milchkontrolle wurde die Milch des Bauern J. Faude von Lupbühl beanstandet. Er hatte der Milch etwa 30—40 Prozent Wasse zugelegt.

(S.C.B.) Wurzach, 6. Mai. Einem Geflügelhalter wurde junge schöne Hühner und ein Hahn vergiftet, in der gegenwärtigen Hauptzeit ein empfindlicher Schaden für den Besitzer. Nach dem Täter wird gefahndet.

(S.C.B.) Lettning, 6. Mai. Am 1. Mai waren nur noch 11 Gewerkslose im Bezirk vorhanden mit 13 unterstützungsberechtigten Angehörigen. Notstandsarbeiter sind (in Hemiglofen) 6 vorhanden.

(S.C.B.) Dietenheim, 6. Mai. Bei den Wahlen konnte sich ein Wähler anscheinend für keine Partei entschließen, denn er hat auf dem Landtagswahlzettel sämtliche Parteien gestrichen und schrieb darunter: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ So kam in dem Zahlengewirr auch der Summe zu seinem Rechte.

(S.C.B.) Raichingen, 6. Mai. Das nahe Sonthheim kommt anlässlich der Wahlen vielleicht in den ehrenhaften Ruf, den ältesten Wähler von ganz Württemberg in seinen Mauern zu haben. Es ist dies der 98 Jahre alte Friedrich Ruopp, der noch ziemlich rüstig sein Wahlrecht ausübt.

(S.C.B.) Isny, 6. Mai. In größter Gefahr befand sich der staatliche Güterschuppen, unter dessen Vordach ein Wagen Preßstroh in Brand geraten war. Die Weckerlinie war rasch zur Stelle. Es gelang ihr, den Wagen zur Hälfte zu entladen und dann umzuwerfen, wodurch die brennenden Stellen zur Seite geschleudert wurden. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt, doch scheint Brandstiftung vorzuliegen. Das Stroh war für die Futterhandlung Mayer bestimmt.

## Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Berliner Briefstube.

1 Goldmark	1000 Ma.
1 Dollar	4,21 Bl.
1 holl. Gulden	1584,0 Ma.
1 franz. Franken	273,7 Ma.
1 Schweiz. Franken	751,9 Ma.
Reichsindezziffer	1,03 Bl.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1000 Ma.

#### Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Mai. An der Börse gab es heute wieder sehr ruhiges Geschäft, doch erwiesen sich die Kurse als widerstandsfähig und teilweise gab es auch kleine Erhöhungen.

#### Tierseuchen in Württemberg.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Mai. Am 30. April herrschte die Tollwut in 12 Oberämtern, 32 Gemeinden, 27 Gehöften, die Maul- und Klauenseuche in 10 Oberämtern, 14 Gemeinden und 24 Gehöften.

#### Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Mai. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 73 Ochsen (unverkauft 3), 31 Bullen, 223 (13) Jungbullen, 200 Jungrinder, 84 (4) Kühe, 767 Rälber, 631 Schweine, 39 Schafe, 4 Ziegen. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 40 bis 43 (letzter Markt: 40—42), 2. 26—35), Bullen 1. 32 bis 35 (unv.), 2. 26—30 (unv.), Jungrinder 1. 47—49 (46 bis 49), 2. 36—40 (34—43), 3. 26—33 (25—32), Kühe 1. 28—34 (unv.), 2. 18—24 (unv.), 3. 12—16 (unv.), Rälber 1. 55—59 (56—60), 2. 46—53 (48—54), 3. 38—42 (40—44), Schweine 1. 57—60 (57—59), 2. 52—55 (52—56), 3. 42 bis 50 (unv.) Pfennig. Verlauf des Marktes: ruhig.

#### Schweinepreise.

Giengen a. Br.: Zufuhr 107, verkauft 98 Saugschweine zum Paarpreis von 25—45 M., Käufer 50—80 M. — Hall: Zufuhr 654 Milch- und 5 Käufer Schweine. Verkauft wurden 550 Milchschweine um 20—30 M. und 3 Käufer um 34—40 M pro Stück. — Heilbronn: Zufuhr 212 Milch- und 4 Käufer Schweine. Erstere kosteten 15—22 Mark, letztere 20—40 M das Stück. — Kirchheim u. T.: Zufuhr 385 Milch- und 22 Käufer Schweine. Preis für ein Milchschwein 20—35 M., für ein Käufer Schwein 45—120 M. — Künzelsau: Zufuhr 250 Milchschweine. Verkauft wurden 200 St. zum Paarpreis von 38—60 M. — Riedlingen: Zufuhr 400 Milchschweine. Preis 22—28 M pro Stück. — Saulgau: Preis für 1 Paar Ferkel 45 bis 60 M pro Paar. — Herbertingen: Preis für ein Milchschwein 23—32 M. — Schömburg: Das Paar Milchschweine kostete 40—50 M. — Schwenningen: Preis für 1 Paar Milchschweine 45—65 M.

(S.C.B.) Herrenberg, 6. Mai. (Schweinemarkt.) Zufuhr 80 Milchschweine und 13 Käufer. Erstere kosteten 40—62, letztere 70—105 M pro Paar.

#### Fruchtpreise.

In Giengen a. Br. notierte Weizen 9.80, Roggen 9.50, Gerste 8.80, Haber 8.50, Erbsen 13.50 M pro Ztr., in Nagold Weizen 10.50—11, Gerste 9.50—10, Haber 8.50—8.80, Roggen 10 M pro Ztr., in Urach Dinkel 7.50, Gerste 9.50, Haber 7.50 M, Weizen 10, Roggen 10, Kernen 9.50 M pro Ztr.

Die britischen Mehlhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen und Wechselbörse gemessen werden, da sie jene noch die sog. wirtschaftlichen Wechselkurse in Rücksicht kommen. D. Schell.



# Generalversammlung der Spar- u. Vorschußbank.

(Schluß des Berichts.)

Nach dem Kriege versuchte unsere Regierung die Einfuhr aller unnötigen Bedürfnisse zu unterbinden. Ein Mehrerport ist leider unmöglich gewesen, da unser Volk durch die Kriegseinsparnisse zu matt war, mehr zu arbeiten. Eine aktive Handelsbilanz ist jedoch nicht zu erreichen mit dem Achstundentag und 100 Betriebsräten. Unter dem Achstundentag hatten auch die Banken zu leiden. Man konnte sich vor der Rundschaft fast nicht mehr erwehren, jeder drängte darauf, daß seine Geschäfte noch am selben Tage ihre Erledigung fanden. Gerade diejenigen, die die Bank am meisten ausgenützt haben, sind heute die Undankbarsten für das, was die Banken ihnen getan hatten. Jeder ist etwas beteiligt an dem Währungszerfall. Derjenige Geschäftsmann konnte seine Substanz erhalten und sogar verbessern, der recht Schulden gemacht hat und gegen alle gesetzlichen Verordnungen und Grundsätze handelte. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet war es, der dazu beigetragen hat, den Währungszerfall zu beschleunigen. Deshalb dürfen wir aber den Mut nicht verlieren und die Flinte ins Korn werfen. Die Bank hat vor 63 Jahren mit nichts angefangen, heute steht sie nach damaligen Begriffen mit einem respektablem Vermögen da, sie hat ein Haus und eine moderne Einrichtung und dazu noch die in den letzten Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen. Manche werden gedacht haben, die Bank könne ihr Geschäft nicht schon genug einrichten, das hat aber seine Zinsen getragen. Der bekannte bayerische Zentrumsführer Dr. Heim hat seinen Bauern vor Jahren schon geraten, ja kein Geld im Schrank liegen zu lassen, sondern ihre Wirtschaft zu verbessern. Hätte die Bank nicht auch ähnliches unternehmen können, wie es der Kaufmann mit seinen Waren gehalten hat? Ich sage, nein! Die Aufgabe der Bank war, die erhaltenen Gelder auszuleihen und das, was sie an Zinsen erhielt, waren gar keine Zinsen, sondern nur eine kleine Entwertungsprämie. Die Bank konnte nicht Waren kaufen. Wenn sie Ziegel und Backsteine gekauft und den Keller mit Wein gefüllt hätte, dann wäre die Substanz geblieben, wenn nicht der Vorstand und Aufsichtsrat den Wein getrunken hätte. Für die in den letzten Jahren von den Banken gewährten Kredite bestand größtenteils keine genügende Sicherheit mehr. Heute nun ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß die früher geleisteten Sicherheiten auch für die Goldmarkkredite Geltung hätten. Es ist an der Zeit, an eine Erneuerung der Urkunden zu denken. Ferner ist zu befürchten, daß die seither fast leeren Kontokorrenten wieder angefüllt werden, damit hat auch die Bank zu rechnen. Manche Zahlungsschwierigkeiten werden eintreten, weil die Banken nicht mehr helfen können und deshalb ist es die heiligste Aufgabe der Mitglieder, dafür zu sorgen, daß die Banken kräftig erhalten werden, nur dann sind sie in der Lage, die einzelnen Existenzen zu erhalten. Dies erfordert, daß wieder neu gespart werde und Anteile gebildet werden müssen. Die Reichsbank schreibt immer und immer wieder, nur kleine Kredite zu

geben, denn nur dann ist es möglich, unsere Währung zu erhalten. Zu der Frage, ob denn die Rentenmark überhaupt den Wert behalte, ist zu sagen, daß diese durch Eintragung einer Hypothek auf Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe gesichert ist. Die Rentenmark ist von Anfang an nur als Uebergangsmittel in der Not gedacht. Sobald wir die Goldwährung durchführen können, wird die Rentenmark verschwinden und auf diesem Wege befinden wir uns jetzt. Die Banken nehmen jetzt ja Spargelder, gesichert auf Dollarbasis, entgegen und können dies deshalb tun, weil sie andererseits ihre Kredite wertgesichert gewähren. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß hier noch einmal etwas ähnliches wie früher passiert. Wenn diese Maßnahmen nicht früher schon ergriffen worden sind, so rührt es daher, daß das Gesetz solche Maßnahmen ausschloß. Wie findet sich nun ein Weg, den Sparern ihre Verluste zu ersetzen? Bei Staatspapieren ist Zinszahlung und Tilgung solange ausgezahlt, bis die Reparationen bezahlt sind, aber diese sind ein Wechsel auf lange Sicht, denn die Zahlungen sind nicht begrenzt. Im Wege der Verhandlung wird doch noch ein Weg gefunden werden, der das deutsche Volk nicht neuen Schwierigkeiten entgegenführt. Aufwerten können wohl die Banken, wenn sie die Ausleihungen aufwerten dürfen und wenn es nur mit Rückwirkung ab 1. Juli 1923 wäre. Der Redner richtete an diejenigen, die durch Kreditanspruchnahme ihre Substanz erhalten und sich bereichert haben, den Appell, die von der Bank zur Aufwertung der Spareinlagen bereitgestellten  $\text{M} 10.000$ — durch freiwillige Zuwendungen noch wesentlich zu erhöhen, zwingen kann man aber niemand. Es wird in allen Wahlversammlungen die Sparrern die Hoffnung gemacht, daß der neue Reichstag eine höhere Aufwertung beschließen werde, doch ist dies nach seiner Ansicht nur möglich, wenn die neuen Sendboten auch gleichzeitig das dazu notwendige Geld in ihren Aktentaschen mitbringen. Die Banken sind nicht verpflichtet, aufzuwerten und wenn sie das tun, so ist es ihrer freien Willen. Der Redner zeigte an einem Beispiel, wie die 15prozentige Aufwertung vielerorts falsch aufgefaßt wird. Es wird größtenteils vergessen, daß die Einlagen zuerst in Goldmark umgerechnet und erst aus diesem Betrag die Aufwertung, die 1932 zu bezahlen ist, errechnet wird. Der Referent schließt seinen hochinteressanten und aufklärenden Vortrag damit, daß sich der Wiederaufbau nur dann in gesunder Weise vollzieht, wenn die Bank wieder aus eigenen Mitteln die Kreditbedürfnisse zu annehmbarer Zinsfuß befriedigen kann. Hierzu ist jedoch erforderlich, daß der Bank wieder alle übrigen Gelder und seien es auch kleinste Spargroschen zukommen, damit sie unabhängig vom Geldmarkt aus eigenen Mitteln ihre Rundschaft bedienen kann. Nach einer kurzen Pause legte der Vorsitzende die Papiermarkbilanz sowie die Goldmarkbilanz zur Genehmigung vor. Die Anträge des Vorstandes und Aufsichtsrates gingen dahin, die Gebäude mit  $\text{M} 25.000$ — und die Einrichtung mit  $\text{M} 2000$ — in der Bilanz einzustellen, worauf sich ein Vermögen von  $\text{M} 34.612$ — ergibt, von diesem Vermögen sollen  $\text{M} 8185$ — zur Aufwertung der Spareinlagen und der Rest mit

$\text{M} 16.427$ — den Reserven zugewiesen werden. Die Aufwertung der Geschäftsanteile soll derart erfolgen, daß die Mitglieder, die am 31. 12. 18  $\text{M} 600$ — Geschäftsanteile einbezahlt haben  $\text{M} 10$ — Aufwertung und diejenigen Mitglieder, die bis zum 31. 12. 22 eingetreten waren, auf ihre Einlagen ohne Rücksicht auf die Höhe derselben  $\text{M} 5$ — Aufwertung erhalten. Diese Beträge werden als erste Einlage auf die neu zu bildenden Goldmarkgeschäftsanteile verwendet. Die Sparlassenaufwertung geschieht in der Weise, daß sämtliche einbezahlte Beträge zunächst in Goldmark umgerechnet und dann im Verhältnis zu dem zur Verfügung stehenden Betrag auf 31. 12. 24 aufgewertet werden. Diese Anträge, sowie die Punkte 1—4 der Tagesordnung wurden nun zur Debatte gestellt. An der nun folgenden, teilweise ins Persönliche übergehenden und sehr lebhaft geführten Aussprache beteiligten sich die Genossen Jügel, Bauz, Schumann, Wölter, S. Schmid, Schuler und Otto Schlatterer. Unter anderem gab Genosse Jügel der Bankleitung einen Verweis wegen des ungünstigen Zeitpunktes der Generalversammlung. Diesen Verweis lehnte der Vorsitzende ab unter klarer Belanngabe der Gründe. Auch die Bewertung der Gebäude wurde als zu nieder angesehen. Nachdem Herr Schumacher, der Vorsitzende und der Bankvorstand sich über die strittigen Punkte ebenfalls eingehend geäußert hatten, wurden die Anträge der Verwaltung mit mehr als  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit angenommen, und zu gleicher Zeit dem Vorstand einstimmig Entlastung für die Geschäftsführung erteilt. Zu Punkt 7 „Neufestsetzung der Geschäftsanteile und Haftsumme“ stellte die Verwaltung den Antrag, den Geschäftsanteil auf  $\text{M} 600$ — und die Haftsumme auf das doppelte dieses Betrages festzusetzen. Herr Biegenstein stellte den Antrag den Geschäftsanteil nur auf  $\text{M} 300$ — festzusetzen. Nach Erläuterungen durch den Vorsitzenden und durch den Direktor Georgii, welcher hauptsächlich darauf hinwies, daß die Kreditgewährung seitens der Reichsbank von der Höhe der Geschäftsanteile und der Haftsumme abhängt, wurde der Antrag der Verwaltung die Geschäftsanteile auf  $\text{M} 600$ — festzusetzen, mit mehr als drei Viertel Mehrheit und die Festsetzung der Haftsumme einstimmig angenommen. Die von der Generalversammlung gefassten Beschlüsse sind die Höchstgrenze, welche fremde Gelder nicht übersteigen dürfen, wird auf 1 Million Goldmark und die Höchstgrenze, welche Kreditgewährung an einzelne Mitglieder eingehalten werden muß, auf 20.000 Goldmark festgelegt. Die sachungsgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Staubemeyer, Costenbader, Reichert wurden in geheimer Abstimmung wieder gewählt.

Hierauf sprach Herr Bauz der Bankleitung für die im Laufe des letzten Jahres geleistete schwierige Arbeit im Namen der Genossen den Dank aus. In seinem Schlußwort führte der Vorsitzende aus, daß alle Mitglieder an dem Wiederaufbau nach besten Kräften mitarbeiten möchten, um die Bank in den Stand zu setzen, den in den nächsten Jahren an sie herantretenden Anforderungen, wie früher voll und ganz genügen zu können.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Oberprüfer J. Baasche, Calw Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

## Gesucht werden:

### a) männliche Personen:

- 1 Flaschnergehilfe (über 20 Jahre),
- 1 Hausburche (18—23 Jahre),
- 1 tüchtiger Holzdreher (über 20 Jahre),
- 1 landwirtschaftlicher Knecht (19—22 Jahre),
- 1 Knecht (der Langholz fahren kann),
- 1 tüchtiger Maschinenarbeiter (auf Holzwaren, muß gelernter Fräher sein),
- 1 tüchtiger Treppenschneider (der selbständig arbeiten kann),

- 2 tüchtige Zimmerleute, mehrere Lehrlinge für verschiedene Berufsarten (darunter Schreiner- und Malerlehrlinge);

### b) weibliche Personen:

- mehrere Allein- und Küchenmädchen (für Privat und Saison),
- einige Laufmädchen, sowie
- 40—50 14—18-jährige Mädchen für eine Teppichknüpperei.

Näheres

**Arbeitsamt Calw**  
Bahnhofstr. 626. Fernspr. 174.

**Bekleidung**  
\*  
**Ausstattung**

**Paul Häuble, Calw.**

1 schöne  **Ziege**  
unter 2 die Wahl verkauft  
**Bohn, im „Schlöble“,**  
**Stammheim.**

Eine Erstlings-  **Ziege**  
samt Jungem verkauft  
**B. Heilemann, Hirsau.**

In der Nummer 60 des Calwer Tagblatts vom 8. März 1924 ist ein Bericht erschienen über einen Vortrag des Herrn Dr. Haller vom Württ. Landesgewerbeamt im hiesigen Bezirks-Handels- und Gewerbeverein. In dem Bericht heißt es, daß Dr. Haller erklärt habe, durch die Tuchkonventionen sei es der Tuchindustrie möglich, die Preise über dem Friedenspreis zu halten. Ferner habe in der Diskussion Herr Gewerbeinspektor Aldinger gesagt, daß hinsichtlich der hohen Stoffpreise sowohl bez. der Qualität wie des Preises eine gewisse Unrechtl. vorherrsche, die durch den Krieg eingeleitet sei. Die beiden Herren haben auf unsere Anträge hin bestritten, diese Aeußerung dem Wortlaut oder auch nur dem Sinn nach getan zu haben; sie haben es aber auch abgelehnt, eine Berichtigung der angeblich falschen Wiedergabe in der Zeitung zu bringen. Wir fühlen uns daher verpflichtet, die Tatsachen klarzustellen, insbesondere, nachdem der Herr Berichterstatter uns gegenüber bestimmt erklärt hat, daß der Ausdruck „Unrechtl.“ seitens des Herrn Aldinger gefallen sei. Die Tuchkonvention hat mit der Preisbildung rein gar nichts zu tun. Sie dient lediglich zum Schutz ihrer Mitglieder in Bezug auf Einhaltung der abgeschlossenen Verträge. Die Preise, welche zur Zeit relativ sehr niedriger sind, werden durch die Konkurrenz geregelt, die heute so groß ist, wie irgend einmal. Die Wollpreise betragen etwa das  $\frac{1}{2}$ -fache der Vorkriegszeit, auch die Herstellungskosten liegen wesentlich höher als früher. Nur tatsächliche Sachkenntnis kann dazu verleiten, in diesen Dingen von Unrechtl. zu reden.

## Handelskammer Calw.

### Urteil

Wie untenstehend laufen täglich ein. Machen auch Sie einen Versuch mit den Spezialitäten der Firma Robert Ruf, Eßlingen.

- Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten.
- „Rufina“ Ruf's getrocknete Äpfel mit Zutaten, in Paketen zu 50 und zu 100 Liter.
- Ruf's Mostansatz mit Heidelbeerzusatz.
- „Apfelina“ Ruf's Mostansatz mit Äpfelzusatz in Flaschen zu 50 und zu 100 Liter.
- Mit und ohne Süßstoff. —

Oberdielbach, 11. März 1924  
Möchte Herrn Ruf bitten, uns so bald wie möglich 1 Paket Heidelbeeren für 150 Liter und 1 Paket Heidelbeeren für 200 Liter ohne Süßstoff zu senden. Waren mit der letzten Sendung sehr zufrieden und denken wieder so guten Heidelbeerwein machen zu können.  
geg.: Wilhelm Schäbl.

Niederlagen: Fr. Lamparter, Calw; Karl Straale, Althengstett; Gottl. Walz, Dackensprohn; Emil Köner, Hirsau; Fr. Ohwald, Liebenzell; R. E. Ehner, Simmshausen; Gottl. Sattler, Stammheim; J. Beutler Witwe, Unterelchenbach.

**W. D. B.**  
Ortsgruppe Calw.  
Lekter Vortrag  
Freitag Abend 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Hotel Waldhorn Calw

**Schlosserinnung**  
Freitag Abend 7 $\frac{1}{2}$  Uhr  
Versammlung  
bei Metzger Schaeferle.  
Der stv. Obermeister.

Bei dem Vaterland. Abend  
**Schirm**  
stehen geblieben.  
Abzuholen bei  
Schöttle, Vorstadt 275.



Du hast auf keinen Sand gebaut  
Fußt Du mit Schuhcreme  
[Büffelhaut]  
Es schont die Schuh,  
glänzt wie der Blitz,  
Wer's probt, der sind  
„s' geht drüber nig“.

**la. Hirse**  
**la. Bruchreis**  
für Junggeflügel  
billigst bei  
**Adolf Luz.**

**Haararbeiten**  
aller Art fertig  
**S. Obermatt,**  
Friseurgeschäft.

## Amtsgericht Calw.

Handelsregisteramt vom 5. Mai 1924: Pfeiffer & Dorn in Althengstett. Offene Handelsaellschaft seit 1. Mai 1924. Gesellschafter: Gottlieb Pfeiffer, Bauunternehmer und Karl Dorn, Sägermeister, beide in Calw Mechanische Holzwarenfabrik und Holzhandlung.

## Weizenmehle, Roggenmehle,

feinste Marken

# Adolf Luz.



Moderne  
Innen-  
Dekoration  
\*  
Vorhänge

Emil G. Widmaier, Bahnhofstraße.

Für 15. Mai fleißiges  
**Mädchen**  
für Küche und Zimmer-  
arbeit bei hohem Lohn  
gesucht.  
**Neue Handelsschule.**

**Bohnen-  
stecken**  
hat zu verkaufen  
**Emil Andreata**  
Lederstraße 168.

**Reste**  
in  
Frottee,  
Zestiflanelle,  
Druckkattun,  
Kleiderzeugle  
empfiehlt äußerst billig  
Frau Weber,  
obere Marktstraße 31.

**1 Pfeilerpiegel**  
dunkel eiche, verkauft  
**G. Linkenheil,**  
Schreinermeister Calw.



# Internationale Motorrad-Sport-Ausstellung Stuttgart

16.—22. Mai 1924

18. Mai Solitude-Rennen

Gewerbehalle-Stadtpark

19. Mai: 1. Deutscher Motorradhändlertag. — 22. Mai: Preisverkündung im Deutschen Motorrad-Erfinder-Wettbewerb und Ziehung der Ausstellungs-Lotterie.

## Schuhwaren

billig / schön / gut.  
**Herren-  
Arbeitschuhe**  
 Rindl. beschl. sehr kräftig  
 Mk. 13.—, 12.—  
**Herren-  
Sonntagsstiefel**  
 Voge. Mk. 29.90, 25.95  
 19.80, 17.50, 15.—,  
 13.50, 12.—  
**Damenstiefel**  
 Mk. 26.90, 23.30, 14.50  
 12.75  
**Damenhalbschuhe**  
 Mk. 14.50, 11.20, 10.25  
 9.95 8.50.  
**Kinderstiefel,  
Sandalen,  
Hausschuhe**  
 in größter Auswahl  
 bei billigsten Preisen.  
 Günstige  
 Zahlungsbedingungen.  
**Gottlieb Bürkle,  
Schuhwarenhandlg.  
und -Fabrikation  
Bad Liebenzell.**  
 Kleinverkauf  
 der weltbekanntesten  
 Dr. Köpfel Stiefel.



## Kaffee

in bekannt  
 guter Mischung  
 roh und jede Woche  
 frisch gebrannt  
 empfiehlt  
**C. Serva**  
 Fernsprecher-Nr. 120.

Darmsheim  
 O. Böhlingen.  
 Empfehle meinen selbst-  
 gewobenen, echt leinenen  
**Sackzwilch**  
 sowie die fertigen  
**Mehl- und  
Fruchtsäcke**  
 Kaufe auch jedes Quantum  
**Berg**  
 oder nehme es gegen Säcke  
 in Tausch.  
 Christian Kaufmann.

## Bad Liebenzell. Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Posthausneubau des Reichsfiskus sind auf Grund der Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen von 1022, in Verbindung mit der Verfügung der Ministerien vom 18. März 1912, Regbl. Nr. 6 S. 37, die **Grab-, Betonier-, Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-, Eisenbeton-, Dachdecker-, Schmied-, und Flaschnerarbeiten** im Einmissionsweg zu vergeben.  
 Pläne, Art- und Zeichnung, Massenberechnungen und Akkordbedingungen sind beim Postamt in Liebenzell von je vormittags 10—12 Uhr und nachmittags 2—5 Uhr zur Einsicht aufgelegt, und wollen schriftliche Angebote, berechnet als ganze Forderung, bis Samstag, den 17. Mai 1924, vormittags 12 Uhr bei Unterzeichnetem eingereicht werden. Der Bauherrschafft unbekanntliche Bewerber haben Vermögens- und Fähigkeitszeugnisse anzuschließen. Zuschlagsfrist 14 Tage.  
 Calw, den 2. Mai 1924.  
 Im Auftrag der Oberpostdirektion:  
 Rohler, Architekt.

Neu!



Marellis Nr. 3: 3 Pfg.  
Blaufuchs Kork: 4 Pfg.

bieten jedem Kenner den  
Genuß hervorragender  
Qualitätszigaretten.

LOTZ.

## Die Neue

Marellis Nr. 3    3 Pfg.  
Blaufuchs Kork    4 Pfg.

bedeuten in jeder Beziehung eine Höchstleistung deutscher  
Zigaretten-Fabrikation.

Unübertroffen in Qualität. Mischungen feinsten Tabake  
des Orients.

Versand erfolgt ab meinem Lager zu Originalfabrikpreisen.  
Porto und Verpackung frei.

Richard Bertsch, Arnbach, Oberamt  
Neuenbürg

Telefon 4.    Tabakwaren-Großhandlung.    Telefon 4.

**Frisch eingetroffen:  
Oberländer  
Wurstwaren!**  
 Blutpressack  
 pro Pfund Mark 1.50  
 Ansbacher  
 pro Pfund Mark 2.00  
 Bierwurst  
 pro Pfund Mark 1.80  
 Mettwurst  
 in Enden Stck. Mk. 0.50  
 Pfefferwurst  
 in Enden Stck. Mk. 0.25  
 Landjäger  
 pro Paar Mark 0.40  
 Spar- u. Consumverein  
 Calw und Umgegend  
 e. G. m. b. H.

**Gerste  
Weizen  
Mais  
Maismehl  
Futtermehl**  
 versch. Sorten  
**Futterkalk**  
 empfiehlt billigst  
**Adolf Luz.**

Pfannkuch & Co

Feinste

## Murcia- Orangen

10 Stück Mk. 1.20  
empfehl

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.  
in den Kaiserstr. 10  
Kaufmann

Mehrere schön gelegene  
**Bauplätze**  
 setzt dem Verkauf aus.  
 Wer, sagt die Geschäfts-  
 stelle ds. Bl.

**Vervielfältiger  
und Zubehör**  
 G. Köbele, Nagold  
 Fernsprecher 126.

Benötigen Sie  
**Wiesenheu, Kleeheu,  
Stroh oder Haber,**  
 dann holen Sie auf alle Fälle meine Offerte ein.  
**Wilhelm Binder, Hirsau.**

Fabrik-Reste

in Stoffen zu Schürzen, Kleider,  
Blusen, Hemden etc (große u. kleine Stücke)  
empfehlen billigst  
**Geschw. Stanger, Ob. Marktstr. 23**

Bodenwachs  
**Büffel-  
Beize** gelb  
 rot braun  
 beizt, wachst zugleich  
 Treppen - Lannen-  
 und Pittschpine-Böden.  
 an Stelle von Bodenöl  
 und flüssiger Beize  
**Stedzwiebeln**  
 empfiehlt  
**Otto Jung.**

**Gemeinde Oberkollbach.**  
 Am Samstag, den 10. ds. Js. nachmittags 6 Uhr  
 wird das  
**Liefern und Beiführen  
von 30 cbm Kalksteinen**  
 auf dem Rathaus verakkordiert.  
 Gemeinderat.

Landw. Bezirksverein Calw.  
 Soeben ist  
**Matronsalpeter**  
 eingetroffen.  
 Ausgabe Mittwochs und Samstags.  
 Die Geschäftsstelle.